

## Wochenkommentar

### Es ist Zeit, dem Unrecht Taten folgen zu lassen



Peter Staub  
Ressortleiter Region

Eigentlich müsste in der Schweiz jedes Kind wissen, dass sich hinter dem Titel «Hilfswerk Kinder der Landstrasse» ein Jahrhundertverbrechen verbirgt. Dem ist leider nicht so. Zu oft endet die schulische Aufarbeitung der Schweizer Geschichte, ohne dass dieses unrühmliche Kapitel behandelt wird. Hoffentlich wissen wenigstens alle Grossräte, die nächste Woche über einen Kredit für einen Transitplatz für Fahrende in Meisberg abstimmen, zumindest ansatzweise über den historischen Umgang mit Fahrenden in diesem Land Bescheid. Für alle, die es noch nicht wissen oder sich nicht mehr daran erinnern: «Kinder der Landstrasse» war ein behördlich gedecktes Programm der Pro Juventute, um den einheimischen Fahrenden das «Vagantentum» auszutreiben. Schweizer Jenischen wurden von 1926 bis 1972 rund 600 Kinder geraubt, um sie in Heimen oder Pflegefamilien zu versorgen. So sollten sie zu nützlichen Arbeitern gemacht werden.

Einer der Väter dieses Verbrechens war Ulrich Wille Junior, Sohn des Schweizer Generals Ulrich Wille, Mitbegründer der Pro Juventute und Nazisympathisant, der zum Naziführer Adolf Hitler persönlichen Kontakt pflegte. Diese historischen Dimensionen dürfen nicht ausgeklammert werden, wenn es darum geht, über die Anliegen der Fahrenden zu befinden. Um es klar zu sagen: Nicht jeder, der Fahrende kritisiert, ist ein Nazi oder ein Rassist. Aber viele, die uralte Vorurteile ungefragt weiter erzählen, bewegen sich bewusst oder unbewusst im Fahrwasser der Nazis, die allein im Konzentrationslager Auschwitz rund 20 000 Sinti und Roma umbrachten. Die Schweiz machte sich an diesem Völkermord mitschuldig, als sie selbst nach dem 12. Juli 1944 noch Roma nach Deutschland ausschaffte. Obwohl ab dann alle Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, die an Leib und Leben gefährdet waren.

Dass es für die Schweizer Fahrenden zu wenig Standplätze und für die ausländische Fahrenden in der Schweiz zu wenig Transitplätze gibt, ist weitgehend unbestritten. Das Bundesgericht anerkannte vor 13 Jahren das Recht der Schweizer Fahrenden auf angemessene Halteplätze ausdrücklich. Und der Grosse Rat stimmte vor zwei Jahren einer Motion des ehemaligen Bieler Gemeinderats und Grossrats Hubert Klopfenstein (FDP) mit 130 gegen 10 Stimmen zu, um für ausländische Fahrende Standplätze zu schaffen.

Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) hat seither landauf, landab bei Bund und Gemeinden dafür gewebelt, dass sie dem Kanton entsprechende Plätze zur Verfügung stellen. Allein er wurde zu oft im Regen stehen gelassen. Nächste Woche entscheidet nun der Grosse Rat über den Zehn-Millionen-Kredit für den geplanten Transitplatz in Meisberg. Der Ausgang der Abstimmung ist gewiss, wie das BT berichtete: Der Antrag wird voraussichtlich hochkant abgelehnt. Dafür gibt es gute Gründe. Der Kredit für einen solchen Platz etwa ist tatsächlich überrissen. Diese Ablehnung darf aber nicht dazu führen, dass es in absehbarer Zeit im Kanton Bern keinen Transitplatz geben wird.

Aus Verantwortung für das historische Vergehen an den ausländischen Fahrenden, die vor 100 Jahren ohne Prozess zur Zwangsarbeit in die Anstalten Witzwil gesteckt wurden, würde es dem Kanton gut anstehen, auf dem Terrain der Anstalten einen einfachen, vernünftig eingerichteten Transitplatz zu errichten. Dass dies mit ein wenig Chuzpe möglich sein sollte, hat der Regierungsrat kürzlich bewiesen, als er gegen den Widerstand der Naturschützer den Vertrag des TCS-Campingplatzes rechtlich fragwürdig um 35 Jahre verlängerte. Bei den Fahrenden geht es nicht um Camping, nicht ums Freizeitverhalten. Es geht darum, sie als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft ernst zu nehmen und ihnen gegen Bezahlung ihre traditionelle Lebensweise zu ermöglichen. Es ist höchste Zeit, vergangenes Unrecht zu anerkennen und es mit Taten zu vergelten.

E-Mail: pstaub@bielertagblatt.ch

# «Viele Vorurteile haben einen rassistischen Hintergrund»

**Fahrende** Der Historiker Thomas Huonker untersucht seit 30 Jahren die Geschichte der Fahrenden. Er erklärt, wie Sinti, Roma und Jenische ihren Lebensunterhalt bestreiten und zeigt, wie den Roma in Witzwil Unrecht widerfuhr.

Peter Staub

**Thomas Huonker, Albert Einstein hat gesagt, dass es einfacher sei, einen Atomkern zu spalten, als Vorurteile zu widerlegen. Wie sehen Sie das als Forscher über die Fahrenden?**

Thomas Huonker: Leider trifft dieser Satz des grossen Physikers Einstein tatsächlich zu. Das zeigt sich daran, das uralte Muster über Jahrhunderte hängen bleiben. Eines dieser uralten Muster ist, wie in der Schweiz mit Roma, mit Fahrenden umgegangen wird. Dieses müsste endlich zerstört werden. **Sie haben in einem Forschungsprojekt gearbeitet, das für mehr Anerkennung der Fahrenden in der Schweiz sorgen sollte. Es sah lange so aus, als sei dies gelungen. In letzter Zeit kriegten aber wieder vermehrt Vorurteile die Oberhand. Oder täuscht dieser Eindruck?**

Es gibt verschiedene Ebenen. Auf Bundesebene sind Bestrebungen im Gang, all die verschiedenen Gruppen der Jenischen, Sinti und Roma als nationale Minderheiten zu anerkennen. Das entspricht unserem Staatsmodell, das stolz darauf ist, Minderheiten so zu anerkennen, dass diese ihre Rechte haben und ihre Kultur so leben können, wie es ihnen entspricht. Ich hoffe, dass demnächst in der Verfassung stehen wird, dass Roma, Sinti und Jenische anerkannte Minderheiten sind, die seit Jahrhunderten in der Schweiz leben und damit auch die entsprechenden Rechte haben.

**Wie sieht es auf den anderen Ebenen aus?**

Bei den Gemeinden ist das Bild sehr unterschiedlich. Einige pflegen vorbildlichen Umgang mit diesen Gruppen und sind auch stolz darauf, dass sie ihnen einen schönen Platz anbieten.

**Zum Beispiel?**

In Graubünden gibt es diverse solcher Gemeinden. In Domat/Ems etwa gibt es einen Transitplatz, in anderen Gemeinden Plätze für Jenische. Seit diese eingerichtet wurden, funktionieren sie reibungslos. Oder zumindest nur mit normalen Reibungen, die überall entstehen, wo sich Menschen treffen. Wenn man die Grundhaltung hat, dass die Fahrenden Leute sind, wie wir auch, die ein Recht darauf haben, ihre Kultur zu leben, findet man immer Lösungen. **Obwohl die Jenischen als nationale Minderheit anerkannt sind, fehlen schweizweit etwa 30 Standplätze für sie. Haben auch ausländische Fahrende ein Recht auf Transitplätze?**

Die Anerkennung der Roma muss sich auch auf die zahlreichen Roma in der Schweiz erstrecken. Circa 100 000 von ihnen leben hier sesshaft. Sie kamen aus dem damaligen Jugoslawien als Gastarbeiter oder später als Flüchtlinge. Diese Roma leben und arbeiten seit Jahrzehnten unauffällig in verschiedenen Berufen. Das ist den meisten Schweizern nicht bewusst. Auch weil sie ihre Identität verstecken. Denn sobald sie sagen, dass sie Roma sind, heisst es: «Aha, ihr gehört zu diesen schrecklichen Menschen.» Dann müssen sie damit rechnen, im Beruf ernsthafte Schwierigkeiten zu kriegen. Es ist wichtig, dass die Roma in der Schweiz zu ihrer Identität stehen können.

**Warum organisieren sie sich nicht?**

Genau aus diesem Grund: Wenn einer hinsteht, und sagt, er sei Roma, kriegt er Probleme. Es ist unglaublich, dass eine so grosse Gruppe ihre Identität verstecken muss, nur weil es das Vorurteil gibt, Roma seien andersartig und passten nicht hierher.

**Wie sieht es mit ausländischen Fahrenden aus?** Ähnlich, wenn auch rechtlich nicht genau gleich. Die Schweiz hat als Land schon immer von Fremden profitiert. Kulturell hat uns die Offenheit gegenüber dem Ausland weitergebracht. Obwohl die ausländischen Fahrenden hier einkaufen und arbeiten, ha-

ben sie einen anderen Status als Touristen. Dabei sollten wir sie würdig empfangen und ihnen gegen Bezahlung Plätze zur Verfügung stellen, die so eingerichtet sind, dass sie sich dort aufhalten können. **Der Bedarf nach solchen Plätzen ist unbestritten. Aber bei konkreten Plänen gibt es Widerstand. Nächste Woche entscheidet der Grosse Rat über einen Kredit für einen Transitplatz der 10 Millionen Franken kosten soll.**

Das ist tatsächlich ein Problem. In der Schweiz neigen wir im Baugewerbe zum Perfektionismus. Das macht Projekte auch für Transitplätze sehr teuer. Für die Fahrenden ist das doppelt negativ. Erstens ist es schwieriger, einen Platz zu realisieren. Und zweitens müssen sie dann sehr hohe Gebühren zahlen. Dahinter versteckt sich oft auch eine Abschreckung: Indem man die Plätze so teuer plant, provoziert man bewusst Widerstand. Fakt ist, dass die Fahrenden mit einem simplen Kiesplatz mit den nötigen sanitären Anschlüssen sehr zufrieden wären. Das muss nicht alle Welt kosten. **Während der Bedarf an Plätzen an sich unbestritten ist, versuchen gleichzeitig immer mehr Gemeinden, Fahrende fernzuhalten.**

Es ist eine durchschaubare Taktik, theoretisch «Ja» zu sagen, konkrete Projekte aber zu verhindern. Das gibt es auch bei anderen Themen. Aber bei den Fahrenden ist es tatsächlich so, dass die grundsätzliche Akzeptanz eben doch fehlt. Viele mögen sogenannte Zigeunermusik oder lieben die entsprechende Opern-Romantik, insofern ist es nicht eine generelle Ablehnung, aber oft werden die Fahrenden nicht als normale Mitmenschen anerkannt. Dahinter steht, man muss es leider sagen, eine rassistische Abwehrhaltung, die auf uralten Vorurteilen gründet. Die Schweiz nimmt hier eine üble Sonderstellung ein. In anderen Ländern ist es längst akzeptiert, dass auch Roma zur Bevölkerung gehören, allerdings werden sie in manchen Ländern trotzdem diskriminiert.

**Sie haben den Rassismus erwähnt. Ulrich Wille Junior, einer der Gründer des als Hilfswerk getarnten Programms der Pro Juventute «Kinder der Landstrasse» war ein Nazisympathisant. Wird die rassistische Tradition des Antiziganismus zu wenig hinterfragt?**

Die Opfer dieses Rassismus' und Forscher wie ich haben das immer wieder thematisiert. Wille war tatsächlich ein Förderer der Nazis und Freund von Adolf Hitler. Die Nationalsozialisten hatten zum Beispiel in Person von Robert Ritter einen Mann, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, diesen Rassismus im Holocaust, der auch Roma, Sinti und Jenische betraf, tödlich umzusetzen. Ritter berief sich dabei auch auf den Schweizer Psychiater Josef Jörger.

**Die Ablehnung der Fahrenden wird bei uns selten offen rassistisch begründet. Man sagt eher, das Nomadentum sei nicht mehr zeitgemäss.**

Dieses Argument ist völlig unhaltbar. Im Gegenteil, die moderne Gesellschaft bringt neue Gruppen von Nomaden hervor. Zum Beispiel die Expats, die professionellen Nomaden, die auf der ganzen Welt arbeiten. Oder die Geriatric Gypsies, wie sich australische Rentner nennen, die mit ihren Wohnmobilen unterwegs sind. Dieses Phänomen gibt es auch in Europa oder in den USA. Heute ist das nomadische Leben dank der Technik sehr komfortabel. Das ist relativ neu. Es ist also eine flexible, moderne Lebensweise.

**Zu den kolportierten Vorurteilen gehört, dass Fahrende überdurchschnittlich kriminell seien.** So etwas einzelnen Völkern oder Volksgruppen zuzuordnen, ist rassistisches Denken. Dieses wird von Statistiken widerlegt. Wenn man solche beiziehen will, dann muss man sagen, dass Roma be-



Der Historiker